

Archivalie des Monats – Ausgabe 1/2016

„Bildung als Bürgerrecht“ – Der Wolfsburger Schülerstreik vom April 1970

„Eines der tragenden Fundamente jedes modernen Staates“, so der Religionsphilosoph und Pädagoge Georg Picht in einer bundesweit aufsehenerregenden Artikelserie im Jahr 1964, „ist sein Bildungswesen.“ In insgesamt vier Beiträgen für die Zeitschrift *Christ und Welt*, eine damalige Beilage der *Zeit*, formulierte er nichts weniger als eine ebenso vehemente wie fundierte Warnung vor der „deutschen Bildungskatastrophe“. Die Zustände an den deutschen Universitäten seien alarmierend, das bundesdeutsche Schulwesen schneide im europaweit durchgeführten Vergleich miserabel ab, stehe „neben Jugoslawien, Irland und Portugal [...] am untersten Ende“. Für die nahe Zukunft malte er ein Bild in düstersten Farben: „In wenigen Jahren wird man, wenn nichts geschieht, die schulpflichtigen Kinder wieder nach Hause schicken müssen, weil es für sie weder Lehrer noch Klassenräume gibt. Es steht uns ein Bildungsnotstand bevor, den sich nur wenige vorstellen können.“ (Georg Picht, „Die deutsche Bildungskatastrophe“, in: *Christ und Welt*, vom 31. Januar 1964)

Wie recht er damit hatte – Picht stand mit seinen mahnenden Worten übrigens nicht allein –, zeigt sich in einer Episode der Wolfsburger Stadtgeschichte, die letztlich ein Resultat des geschilderten Notstandsszenarios veranschaulicht: Am 15. April 1970 ging im Schul- und Kulturamt der Stadt ein mit „Resolution“ betiteltes Papier des selbsternannten Arbeitskreises „Numerus clausus“ des Ratsgymnasiums ein. In diesem Schreiben, unsere Archivalie des Monats, informierten die oberen Jahrgänge des Rats- und des Theodor-Heuss-Gymnasiums sowie Schülerinnen und Schüler der Gymnasien in Westhagen und Kreuzheide darüber, dass sie am Montag, den 13. April 1970 in einen einwöchigen Warnstreik getreten sind. Sie beklagten sich über die „unzumutbaren Unterrichtsverhältnisse“ am Ratsgymnasium: „Von 1.055 Pflichtstunden können nur 669 von voll ausgebildeten Lehrkräften erteilt werden.“ Diese Form der Beschulung wurde auch von den Schülerinnen und Schülern der weiteren Wolfsburger Gymnasiasten und Gymnasiastinnen als inakzeptabel empfunden. Sie erklärten sich solidarisch und traten ebenfalls zeitweise in den Ausstand. Die Protestierenden prangerten gar eine bundesweite Misere an: Die Zustände am Ratsgymnasium dürften, wie es in der Resolution heißt, „nicht isoliert betrachtet werden, sondern nur im Rahmen der gesamten Bildungssituation in der BRD. Der Lehrermangel ist nur ein Symptom einer verfehlten Bildungspolitik der letzten 20 Jahre, die sich weiter im Numerus Klausus, schlecht ausgebildeten Lehrkräften, unzureichenden Lehrmitteln u.a. äußert.“

Es verwundert nicht, dass die Kritik der Schülerschaft, die im Schulalltag erfahren musste, wovor Georg Picht nur wenige Jahre zuvor gewarnt hatte, auch von anderer Seite Zuspruch fand. Auch der Elternrat des Ratsgymnasiums stand den Verfassern des Schreibens zufolge hinter dem Warnstreik. Schon am zweiten Streiktag hatten sich an den Informationsständen der Streikenden in der Porschestraße rund 2.500 Wolfsburger Bürgerinnen und Bürger durch ihre Unterschrift mit diesen solidarisch erklärt. Und wie der lokalen Presseberichterstattung über die Streikwoche zu ent-

nehmen ist, stand selbst ein größerer Teil der Lehrenden auf Seiten der Streikenden, wenngleich diese die Dauer des Ausstands bemängelten.

Doch warum griffen die Schülerinnen und Schüler überhaupt zu diesem im Schulrecht eigentlich nicht vorgesehenen Mittel des Protests? Aus ihrem Schreiben geht hervor, dass ein offener Brief an das Kultusministerium, in dem eine Zusage zur Verbesserung der Lage eingefordert wurde, nur die folgende, „unbefriedigende“ Antwort erhielt, die in der Resolution in Auszügen wiedergegeben ist: „Die Schulaufsichtsbehörde wird sich auch weiterhin bemühen, den Schulen in Wolfsburg Lehrkräfte zuzuweisen und sie bei der Einstellung von Hilfskräften zu unterstützen.“ Der damalige Kulturminister Richard Langeheine (CDU) hatte darüber hinaus auch seinen Zweifel zum Ausdruck gebracht, ob denn der Streik das richtige Mittel zum Zweck sei und räsoniert, ob nicht auch die Schulträger vor Ort die Stadt durch bezahlbare Mietwohnungen für Lehrer attraktiver gestalten könnten. Damit verlagerte er einen Teil der Verantwortung auf die Stadt Wolfsburg. Darauf konnte die Schülerschaft nach eigenem Bekunden nur in Form des bereits angekündigten Warnstreiks reagieren. Und dieser Streik sollte sogleich noch ganz andere Wellen schlagen...

Denn offenbar ließ Oberschulrat Danzmann, wie aus der Archivalie hervorgeht, die Streikenden wissen, „dass das Streiken als unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht g[e]wertet wird und daß gegen jeden einzelnen Disziplinarstrafen verhängt werden“. Natürlich wollte er diese Aussagen später nicht als Druckmittel, sondern als „Rechtsauskunft“ verstanden wissen, wie den *Wolfsburger Nachrichten* zu entnehmen ist („Gymnasiasten nicht unter Druck gesetzt“, in: *Wolfsburger Nachrichten*, vom 16. April 1970, S. 24). Dies wollte nur einen Tag später wiederum Gerald Kulms, 1. Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft so nicht akzeptieren, sodass sich aus dem Schülerstreik ein Streit auf ganz anderer Ebene entwickelte: „Eine jahrelang verfehlte und konzeptionslose CDU-Bildungspolitik läßt sich durch disziplinarische Einschüchterungsversuche nicht vertuschen, sondern gebietet politische Konsequenz seitens der Verantwortlichen.“ („Eltern und Lehrer sollten mit auf die Straße gehen“, in: *Wolfsburger Nachrichten*, vom 17. April 1970, S. 28.) Ähnliche Töne schlugen die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in unserer Archivalie des Monats an. Denn die Wolfsburger Streikenden mahnten abschließend, dass „ein schlechtes Bildungssystem [...] dem gesellschaftlichen Fortschritt und damit allen [schade]“. Damit knüpften sie fast nahtlos an das an, was der Tübinger Soziologe Ralf Dahrendorf bereits fünf Jahre zuvor in seiner programmatischen Schrift vehement gefordert hatte: „Bildung als Bürgerrecht“. Wann sich die Situation vor Ort im Jahrzehnt der bundesdeutschen Bildungsexpansion zum Guten veränderte, müssen weitere Nachforschungen klären.

Heutzutage ist der Gedanke, dass der Streik ein demokratisches Grundrecht sei, weit verbreitet. Die Wolfsburger Gymnasiastinnen und Gymnasiasten des Ratsgymnasiums sowie die „Sympathiestreikenden“ der weiteren Gymnasien vor Ort haben diese Grundüberzeugung bereits 1970 gelebt und in jenen Tagen in der Stadt eine Welle der Sympathie und gelebten Gemeinsinn erfahren.

SOFORT!
KUMMERKASTEN.
EING. AM 15.4.71 NR. 363

40-284

WOLFSBURG

15. APR. 1970

40 ANL.

~~SOLUTION~~

Am Montag, den 13.4., sind in Wolfsburg die Klassen 10-13 des Rats- und des Th.-Heuss-Gymnasiums, sowie die Oberstufen der Gymnasien Westhagen und Kreuzheide in einen einwöchigen Warnstreik getreten.

Dieser Streik entstand zunächst durch die unzumutbaren Unterrichtsverhältnisse am RG. Von 1055 Pflichtstunden können nur 669 von voll ausgebildeten Lehrkräften erteilt werden. Aus diesem Grunde richteten Elternrat und SMV (Schülermitverantwortung) des RG einen offenen Brief an das Kultusministerium, in dem sie bis zum 6. April eine verbindliche Zusage für die Beschaffung von neuen Lehrkräften forderten. Anderenfalls würden die Schüler der Oberstufe in einen einwöchigen Warnstreik treten. Die Antwort des KM war völlig unbefriedigend:

"Die Schulaufsichtsbehörde wird sich auch weiterhin bemühen, den Schulen in Wolfsburg Lehrkräfte zuzuweisen, und sie bei der Einstellung von Hilfskräften zu unterstützen." Daraufhin beschloß die Schülerversammlung der Klassen 10-13 des RG den Streik vom 13.4.-18.4. durchzuführen. Als der Entschluß unter den Schülern der anderen Gymnasien bekannt wurde, erhoben sich Stimmen, die einen Solidaritätstreik forderten. Auf kurzfristig einberufenen Schülerversammlungen der Oberstufe des THG's, der 10.-13. Klassen Westhagens und des Gymnasiums Kreuzheide sprachen sie sich ebenfalls für den Streik aus. Ihrer Meinung nach darf die Situation am RG nicht isoliert betrachtet werden, sondern nur im Rahmen der gesamten Bildungssituation in der BRD. Der Lehrermangel ist nur ein Symptom einer verfehlten Bildungspolitik der letzten 20 Jahre, die sich weiter im Numerus Klausus, schlecht ausgebildeten Lehrkräften, unzureichenden Lehrmitteln u.a. äußert. Die aufgeschreckte Ministerialbürokratie versuchte, Repressalien auszuüben. Das KM drohte den 13. Klassen des RG's, ihnen werde die ^{gündliche} ~~gündliche~~ ^{Prüfung} ~~Prüfung~~ nicht zu dem vorgesehenen Termin abgenommen werden, falls sie am Streik teilnähmen. Eine Aufschiebung des Abiturs bedeutet aber für die betroffenen Schüler einen großen Schaden, weil manche bereits Arbeitsstellen angenommen haben, die sie dann nicht antreten können. Daher beschlossen die 13-Klassen nur Montag zum Streik. Außerdem wurde gesagt, daß das Streiken als unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht gewertet wird, und daß gegen jeden einzelnen Disziplinarstrafen verhängt werden. Ebenso wurden Disziplinarmaßnahmen gegen die Schulleitung in Aussicht gestellt, da diese sich nicht genügend zur Verhinderung des Streikes eingesetzt habe.

Auch jetzt noch stehen Eltern und neuerdings auch die Lehrer des Ratsgymnasiums voll hinter deren Forderungen. Eine Elternversammlung des THG's gab lediglich die Zustimmung zu einem eintägigen Streik. Trotz der massiven Beeinflussung von Seiten der Behörden und unwilliger Eltern findet der Streik nun statt. Diese Woche, in der wir nicht am Unterricht teilnehmen, soll zu Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Demonstration und Kundgebung, Informierung der Bevölkerung durch Flugblätter, Herstellung von Informationschriften zur

Bildungslage u. s. w. dienen.

Wir fordern die gesamte Bevölkerung auf, sich an unseren Aktivitäten zu beteiligen und sich für unsere berechtigten Forderungen einzusetzen, denn ein schlechtes Bildungssystem schadet dem gesellschaftlichen Fortschritt und damit allen.

Arbeitskreis
NUMERUS CLTIUSUS

täglich 15,00 Uhr Ratsgymnasium (nähere Information im Streikbüro, gelber Eingang).

Es wurden noch weitere Arbeitskreise gebildet (Information darüber ebenfalls im Streikbüro).

Ansprechpartner:

Dr. Alexander Kraus

Projekt: Wolfsburg auf dem Weg zur Demokratie

Alle Rechte beim Institut für
Zeitgeschichte und Stadtpräsentation
(IZS)

Goethestraße 10a

38440 Wolfsburg

Telefon: +49 5361 275741

Telefax: + 49 5361 275757

E-Mail: alexander.kraus@stadt.wolfsburg.de